

BRANDENBURG

Bundes-Sozialforum für eine gerechtere Welt

Großveranstaltung vom 18. bis 21. Oktober in Cottbus - Linke beteiligt sich an Tagebau-Volksinitiative



Linke-Chef Oskar
Lafontaine
Foto: ddp

Von Silke Milius Cottbus - Vom 18. bis 21. Oktober findet in Cottbus das zweite Bundes-Sozialforum in Deutschland statt. "Es gibt einen großen Bedarf nach Austausch, Beratung und Verabredung zur Aktion", begründen die Organisatoren von der Sozialforum-Bewegung den Sinn dieses Bundesforums. In vielen Städten Deutschlands gibt es bereits regionale Sozialforen - das Treffen in Cottbus soll diese Bewegung nun bündeln und einen Erfahrungsaustausch bieten. Außerhalb von parteipolitischer Vereinnahmung soll das Treffen ein "offener Raum der Begegnung" für alle die sein, die sich für eine gerechtere, friedliche und ökologisch orientierte Gesellschaft engagieren

wollen, "eine Plattform für soziale Bewegungen und demokratische Ideen", so Ralf Franke, Cottbuser verdi-Sekretär und Mitglied im Vorbereitungsteam.

Das Besondere: Mitmachen kann jeder bei der Gestaltung des Forums und den zahlreichen geplanten Seminaren. Mehrere hundert Initiativen, Verbände, Gewerkschaften, Kirchengruppen, Hilfsorganisationen und Vereine wurden von den Initiatoren angeschrieben und aufgefordert, sich mit ihren Ideen und Themen in diesen Prozess einzubringen - auch Einzelpersonen und lokale Bürger-Initiativen können sich mit ihren Themenvorschlägen melden und mitmachen.

Rund 2000 Teilnehmer werden zum Bundes-Sozialforum in Cottbus erwartet, das in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und dem neuen Oberbürgermeister Frank Szymanski (SPD) organisiert wird, so Ralf Franke. Schwerpunkt des Forums sind sieben Themenkonferenzen, die in der Cottbuser Stadthalle stattfinden und die sich unter anderem mit den Themen "Arbeitswelt und Menschenwürde", "Die Lausitz in Europa", und "Anders leben - für eine lebenswerte Welt" beschäftigen. Dazu gibt es verschiedene Seminare und Workshops, in denen es vom Protest gegen die Zerstörung der Lausitz durch den Braunkohle-Abbau über "Drohende Privatisierung des Gemeinguts Wasser" bis hin zu verschiedenen Hilfsprojekten für Afrika, Asien und Lateinamerika gehen wird.

Als prominente Gäste und Redner bei den Themenkonferenzen werden unter anderem Linke-Parteichef Oskar Lafontaine, Günter Nooke, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung und Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft verdi, erwartet.

Am Sonnabend, 20. Oktober, läuft ein Demonstrationzug durch Cottbus unter dem Motto: "Die bessere Welt gemeinsam gestalten". Am Sonntag findet dann zum Abschluss eine Diskussion zum Thema "Wie weiter nach Heiligendamm?" statt.

Die Initiative "Sozialforum in Deutschland" - das erste fand 2005 in Erfurt statt - ist Bestandteil der Initiative "Weltsozialforum", die sich 2001 in Porto Alegre (Brasilien) gründete.

Linke positionieren sich zum Tagebau

Die Brandenburger Linke will sich an der Volksinitiative "Keine neuen Tagebaue - Für eine zukunftsfähige Energiepolitik" beteiligen. Der Beschluss des Landesvorstandes sei mit zwölf zu einer Stimme gefasst worden, heißt es in einer am Sonntag in Cottbus verbreiteten Erklärung. Die Debatte sei in der Sache zum Teil hart, aber fair verlaufen. "Insbesondere in den unmittelbar betroffenen Teilen der Lausitz wird deutlich, dass die Stimmung in der Partei in dieser Frage geteilt ist", heißt es. Vorstandsmitglied Ingo Paeschke wertete den Beschluss in einer "persönlichen Erklärung" als verfrüht. Er habe ihn deshalb nicht mitgetragen.

Die Landtagsfraktion hatte sich am vergangenen Dienstag einstimmig für einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle bis 2050 ausgesprochen. Auch sollten keine neuen Tagebaue mehr erschlossen werden. Am 8. Oktober soll in Potsdam und Cottbus die Volksinitiative starten. Ziel ist ein schrittweiser Ausstieg aus der Braunkohle. Dazu soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die Genehmigung weiterer Tagebaue ausschließt. Für einen Erfolg der Initiative sind in einem ersten Schritt 20 000 Unterschriften notwendig. Dann muss sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf beschäftigen. *(mit dpa)*

Aus der Berliner Morgenpost vom 1. Oktober 2007